

sind; wie sie die Produktion lenken und leiten: wie das, was des Volkes Hände schaffen, in der DDR des Volkes Eigen ist und bleibt. Bei solchen positiven Resultaten für die Arbeiter ist es verständlich, warum über 90 Prozent aller Arbeiter, Angestellten und Ingenieure Mitglied ihres FDGB sind, warum sie dem Ruf der Partei folgen und immer breiter im sozialistischen Wettbewerb und in den Produktionsberatungen den Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität entfalten. Das alles, weil sie immer mehr begreifen, daß der Sieg über die kapitalistische Gesellschaftsordnung, der Sieg des Sozialismus in der DDR, der Sieg im Einholen und Überholen des Pro-Kopf-Verbrauches in Westdeutschland letzten Endes durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität garantiert wird.

Solch freie Gewerkschaften sind den Monopolherren und Militaristen in Westdeutschland natürlich ein Dorn im Auge. Solch eine freie Gewerkschaft wünschen sie in Westdeutschland nicht. Deswegen unternehmen sie immer neue Schritte, um den Deutschen Gewerkschaftsbund gleichzuschalten und ihn ihrer atomaren Aufrüstungspolitik unterzuordnen.

In den letzten Tagen wurde bekannt, daß Kriegsminister Strauß, sein Ministerkollege Blank zusammen mit dem SA-Mann Schröder einen Plan ausgearbeitet haben, wie sie die westdeutschen Gewerkschaften an die Kandare nehmen und den Willen der Gewerkschaftsmitglieder vergewaltigen wollen. Die Sache soll damit beginnen, die Führung des DGB zu veranlassen, ihren Hamburger Beschluß gegen die atomare Aufrüstung einfrieren zu lassen. Das Stichwort dazu gab der CDU-Landtagsabgeordnete Hillenkötter, nebenbei DGB-Bezirksvorsitzender der IG Textil/Bekleidung in Münster-Arnsberg.

In einem Rundbrief erklärte er, daß die Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr eine politische Frage sei, die die Gewerkschaften nichts angehe. Das ist die offizielle Bonner Version der CDU/CSU, die darauf hinausläuft, den Gewerkschaften ein neues Statut aufzuzwingen, in dem die Frage der Unabhängigkeit und Neutralität der Gewerkschaften neu formuliert werden soll. Man verlangt die Neutralität der Gewerkschaften, das heißt, die Gewerkschaften sollen in den Fragen der atomaren Aufrüstung, in Fragen der Vorbereitung eines Aggressionskrieges, in Fragen der Remilitarisierung der ganzen Wirtschaft zum Schweigen gebracht und gefesselt werden. Die nächste Etappe dieses Planes ist, die westdeutschen